



EU UND RUSSLAND

■ Analyse		
Der Moskauer EU-Russland-Gipfel. Heinz Timmermann, Köln		2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
Russland und die Europäische Union in Zahlen		6
Vergleich der allgemeinen Wirtschaftsindikatoren		6
Bedeutung der Handelsverbindungen		9
Die Bedeutung Russlands für die Energieversorgung der EU		14
■ Kommentar		
Zweierlei Maß? Anmerkungen zur westlichen Russlandkritik. Christian Wipperfürth, Berlin		15
<hr/>		
■ Chronik		
Vom 12. bis zum 19.5.2005		17

Analyse

Der Moskauer EU-Russland-Gipfel

Hintergründe, Ergebnisse und Perspektiven

Heinz Timmermann, Köln

Zusammenfassung

Auf dem Den Haager Gipfel vom November 2004 war es den Partnern nicht gelungen, sich auf Wegekarten (Road Maps) für die vier „Gemeinsamen Räume“ Wirtschaft, Inneres, Äußeres und Bildung/Kultur zu einigen. Grund hierfür war insbesondere die Weigerung Russlands, sich mit der EU auf gemeinsame Aussagen zu den demokratischen Grundwerten und zu den „eingefrorenen Konflikten“ im postsowjetischen Raum zu einigen. Der Moskauer Gipfel verabschiedete nun ein 52 Seiten umfassendes Wegekarten-Paket, das mehrdimensionale enge Kooperation anvisiert, darunter auch im Blick auf die ursprünglich strittigen Punkte. Auf russischen Wunsch findet bereits im Sommer 2005 in Brüssel ein Spitzentreffen Barroso/Fradkow statt, auf dem über Wege und Methoden zur Implementierung der Wegekarten beraten werden soll.

Ungünstige Umfeldbedingungen

Am 10. Mai 2005 fand in Moskau turnusmäßig das 15. Gipfeltreffen EU-Russland statt. Der Zeitpunkt war – nachträglich gesehen – nicht besonders günstig gewählt. Denn zum einen stand der Gipfel ganz im Schatten der pompösen Feiern zum 60. Jahrestag des Sieges über Nazideutschland. Und zum anderen wurde er in die Kontroverse hineingezogen, die aus den unterschiedlichen Erinnerungskulturen Russlands und der neuen EU-Mitglieder Ostmitteleuropas erwachsen. Als Letztland sich – entgegen dem Rat aus Brüssel – nicht davon abbringen ließ, die Ratifizierung des Grenzvertrags mit territorialen Ansprüchen an Russland zu verbinden, bezeichnete Putin dies im Gipfelkontext öffentlich als „idiotisch“. Moskau sah sich in seiner Einschätzung bestätigt, dass die Repräsentanten der baltischen Staaten von „primitiver Russophobie“ und „komplexem Atavismus“ geprägt sind und das europäische Rad zum Schaden Russlands um Jahrzehnte zurückdrehen wollen (so Jastrshembkij, Putins Berater in Sachen EU).

Diese Misstöne waren umso gravierender, als der Gipfel unter einem gewissen Erfolgswang stand. Auf dem 14. Spitzentreffen vom November 2004 in Den Haag war es im Zeichen der Kontroverse um den demokratischen Aufbruch in der Ukraine nicht gelungen, die jeweiligen „Wegekarten“ (Road Maps) für die vier Gemeinsamen Räume Wirtschaft, Inneres, Äußeres und Bildung/Kultur in einem Paket zu verabschieden. Im Kern hatten sich die Divergenzen an zwei Punkten festgemacht: dem Verständnis von „Freiheit“ sowie den „eingefrorenen Konflikten“ in Moldau (Transnistrien) und Georgien (Abchasien, Südossetien). Der EU-Entwurf verwies ausführlich auf die gemeinsamen Werte als Grundlage für die Partnerschaft,

während die russische Wegekarte Freiheit verengt als Chance interpretierte, den Menschen in beiden Teilen Europas uneingeschränkte Reisefreiheit zu gewähren. Im Blick auf die eingefrorenen Konflikte setzte der EU-Dokumentenentwurf auf gemeinsames Konfliktmanagement, in der russischen Version dagegen fehlte jeglicher Bezug auf die Separatistengebilde.

Angesichts der schwierigen Ausgangslage sind die Ergebnisse des Moskauer Gipfels durchaus bemerkenswert. Ihren Ausdruck fanden sie in einem gemeinsam erarbeiteten Dokument, das auf insgesamt 52 Seiten die konkreten Wegekarten zu den vier Gemeinsamen Räumen beschreibt. Inhaltlich orientieren sie sich gerade auch auf den beiden strittigen Feldern weitgehend an den EU-Vorgaben von Den Haag. Das weitgehende Einschwenken Russlands auf EU-Positionen verweist auf das starke Interesse der Putin-Administration an konkreten Ergebnissen: Anscheinend hat sie im Vorfeld des Moskauer Gipfels einen gewissen Druck auf das – bekanntermaßen eher konservative – Außenministerium ausgeübt, seine wenig konstruktiven Wegekarten vom Haager Gipfel an EU-Positionen anzupassen. Freilich handelt es sich bei den Wegekarten, in denen die einzelnen Schritte zur Verwirklichung der jeweiligen Zielvorstellungen niedergelegt sind, nicht um völkerrechtlich bindende Abkommen. Vielmehr stellen sie zunächst unverbindliche Absichtserklärungen dar, bei denen zur Umsetzung der Projekte weder angepasste Mechanismen noch zeitliche Rahmen vorgegeben sind.

Gemeinsamer Wirtschaftsraum

Eindeutige Priorität im Sinne einer Triebkraft für die Partnerschaft genießt für beide Seiten die Perspektive eines Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit

offenen, integrierten Märkten. In ihm sollen schließlich die berühmten vier Freiheiten zur Geltung kommen: Freiheit des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs. Aus der mit 20 Seiten umfangreichsten Wegekarte, die die Bereiche Energie, Telekommunikation, Transport und Weltraum einschließt, seien als besonders wichtig hervorgehoben:

- Harmonisierung von Standards, technischen Normen und Konformitätsbewertung bei industriellen Produkten, einschließlich Zertifizierung von Systemen zur Kontrolle von Qualität und ökologischer Verträglichkeit. Dass dies keineswegs auf eine vorbehaltlose Übernahme des EU-Gemeinschaftsrechts hinausläuft, demonstriert der Passus, dass die Gesetzesharmonisierung nur in jenen Sektoren erfolgt, in denen sie „angemessen und möglich ist“.
- Im Hinblick auf öffentliche Projektausschreibung Entwicklung eines einheitlichen und transparenten Systems. Dazu gehört die Festlegung gemeinsamer Regeln in der Wettbewerbspolitik, „um ein gleichwertiges Umfeld für die Akteure Russlands und der EU-Staaten auf den beiderseitigen Märkten zu sichern“.
- Verbesserung des Investitionsklimas mit seinen Attributen Transparenz, Berechenbarkeit und Regulierungsvereinfachung nach internationalen Standards. Dazu zählt auch die Harmonisierung der Investitionsgesetzgebung einschließlich entsprechender gerichtlicher Überprüfung.
- Ökologische Aspekte, die in der Moskauer Wegekarte von 2004 nicht expliziert waren, werden als zentrale und sektorübergreifende Aufgabe angesehen, und zwar unter Bezug auf die Umweltpartnerschaft im Rahmen der „Nördlichen Dimension“.
- Intensivierung des Energiedialogs EU-Russland unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte nachhaltige Produktion, Verteilung, Transport, Verbrauch und Effizienz von Energie. Russland garantiert den fairen Handel und den Transit von Energieprodukten unter Beachtung „der den Energiechartavertrag leitenden Prinzipien“. In diesem Kontext verwies Russland auf das starke Interesse des Iran an der Schaffung von euro-asiatischen Transportkorridoren; im Zuge der Bemühungen um Beseitigung politischer Hindernisse will Russland die eigenen Positionen mit denen der EU koordinieren. Die EU ihrerseits wird Russland unter bestimmten Voraussetzungen die Perspektive eines integrierten Stromverbundes einräumen und stellt ihm ein langfristiges Abkommen über den Handel mit Nuklearmaterial in Aussicht – so die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels.

Abzuwarten bleibt, ob Russland die normativen Anforderungen tatsächlich schrittweise realisieren und bereit sein wird, seine Normen und Standards über die WTO-Bestimmungen hinaus an das Europäische Gemeinschaftsrecht anzupassen. Einiges spricht dafür, dass das Land an wichtigen Elementen seines eigenen Normensystems als essentielles Teil seiner nationalen Unabhängigkeit festhalten möchte. Nicht einigen konnten sich die Partner über ein Dauerthema: die materiellen Bedingungen für die transsibirischen Überflugrechte. Um die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Luftfahrtindustrie zu gewährleisten, bestand Putin auf der bisherigen Kostenregelung für europäische Gesellschaften wenigstens bis zum Jahre 2013.

Freiheit, Sicherheit und Justiz

Als zunehmend wichtiges Feld ihrer Partnerschaft betrachten die EU und Russland die Zusammenarbeit im Bereich der nichttraditionellen Sicherheit. So befaßt sich die gemeinsame Moskauer Wegekarte teilweise recht detailliert mit Projekten in den Bereichen Grenzmanagement, Migration, Asylpolitik, Terrorismusbekämpfung, organisierte Kriminalität, Menschenhandel. Angestrebt wird eine engere Zusammenarbeit zwischen den Rechtsbehörden beider Seiten.

In diesen eher technisch-organisatorischen Bereichen greift das in Moskau verabschiedete Dokument die Schwerpunkte *beider* Wegekarten vom November 2004 auf. Anders mit Blick auf das Verständnis von „Freiheit“. Hier beschränkt es sich nicht auf die Reisefreiheit, wie in Den Haag von Russland vorgeschlagen. Vielmehr bekennt sich die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels ausdrücklich in verschiedenen Zusammenhängen zu gemeinsamen Werten als Grundlage für die Partnerschaft. Deren Potential könne nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn sie von Demokratie, Herrschaft des Rechts und Unabhängigkeit der Justiz, Menschen- und Minderheitenrechten sowie Medienfreiheit geprägt sei.

Auch hier ist, was die Bereitschaft und Fähigkeit der russischen Führung zur Umsetzung der Werte betrifft, ein Fragezeichen zu setzen. Wiederholt hatte Putin die genannten Werte ausführlich und in all ihren Dimensionen auch für Russland angemahnt, zuletzt in seiner Jahresbotschaft an die Nation vom 25. April 2005. Ebenso beharrlich hatte er dabei jedoch auf die spezifischen historisch-kulturellen Bedingungen Russlands für die Realisierung dieser Werte verwiesen und deren allgemeine Verbindlichkeit damit stark relativiert.

Nur geringe Fortschritte gab es auf dem Gebiet „Reisefreiheit“, dem Moskau aufgrund der mehrheit-

lich auf Europa gerichteten Reiseaktivitäten seiner Bürger höchste Priorität beimisst. Die EU hat der langfristigen Perspektive einer stufenweise zu realisierenden Visafreiheit grundsätzlich zugestimmt, sie aber mit dem Abschluß eines Rückübernahmeabkommens für sämtliche illegal in den EU-Raum gelangten Personen verbunden. Angesichts der mehr oder weniger offenen südlichen Grenzen Russlands ist diese Bedingung nur schwer zu erfüllen und erfordert entsprechende Abkommen Moskaus mit den Anrainerstaaten. Erschwerend kommt hinzu, dass Russland auf dem Moskauer Gipfel kundtat, nur *eigene* Staatsbürger zurückzunehmen, nicht aber Personen aus Drittländern, die Russland lediglich als Transitland zur illegalen Einreise in die EU nutzen. Nicht zuletzt diese für die EU-Delegation überraschende Verhärtung der russischen Position, die von Putin offenbar so nicht voll geteilt wird, verhinderte nennenswerte Fortschritte in der Visafrage.

Angesprochen, wenngleich in der Wegekarte nicht erwähnt wurde auf dem Moskauer Gipfel auch der Tschetschenienkonflikt. Die EU machte das Angebot, über humanitären Beistand hinaus substantielle wirtschaftliche und soziale Wiederaufbauhilfe zu leisten – vorausgesetzt, der lokalen Bevölkerung werde Gelegenheit gegeben, in freien und fairen Wahlen ihren politischen Willen kundzutun und an der Gestaltung der Zukunft des Landes mitzuwirken. Die russische Seite ging auf dieses Angebot jedoch nicht ein.

Äußere Sicherheit

Positive Überraschungen bietet die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels zu den internationalen Beziehungen: Sie bezieht sich inhaltlich viel eher auf die europäische Variante von Den Haag als auf die russische, in der jeder Bezug auf Werte sowie auf die eingefrorenen Konflikte und die Zukunft der sensiblen geopolitischen Zwischenzone fehlte. Im Moskauer Gipfeldokument wird die Bedeutung der gemeinsamen Werte „in der Definition der Helsinki-Schlußakte“ hervorgehoben, gelten demokratische Prinzipien und Menschenrechte als Voraussetzung für die Bildung eines größeren Europa. Damit wird es Moskau künftig schwerer haben, demokratische Aufbrüche im postsowjetischen Raum als westliche Verschwörung zu Lasten des russischen Einflusses zu diskreditieren. Die Betonung der Werte hatte für den Charakter des Gipfeldokuments „Äußere Sicherheit“ wichtige Konsequenzen:

- Hinfert gilt es als „souveräne Entscheidung der Staaten“, über ihre Integration in regionale Organisationen selbst zu bestimmen. Entwicklungen wie die Verlagerung des Schwerpunkts der Ukraine

von dem russisch dominierten „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ hin zur Verdichtung der Beziehungen zur EU werden somit als legitimes Ergebnis inneren Wandels anerkannt.

- In der russischen Wegekarte vom Herbst 2004 nahm der Vorschlag zu gemeinsamer Regelung regionaler Konflikte einen herausragenden Platz ein. Dabei fehlte jedoch jeglicher Bezug auf die eingefrorenen Konflikte, während das parallele EU-Papier gerade in dieser als vorrangige Problemzone definierten Region dringenden gemeinsamen Handlungsbedarf sah. Auch in diesem Punkt bewegte sich Moskau: Die Partner verständigten sich auf dem Gipfel auf Kooperation und Konfliktregelung „in den an Russland und die EU angrenzenden Regionen“ (so auf russischen Wunsch der neutrale Begriff an Stelle der als zu eindringend empfundenen „Gemeinsamen Nachbarschaft“). Dies läuft – zumindest in der Theorie – auf ein Ende legitimer Dominanzansprüche Russlands im postsowjetischen Raum sowie auf die grundsätzliche Bereitschaft Moskaus hinaus, im Blick auf Georgien, Moldau und die Ukraine mit der EU zu kooperieren. Kein Thema auf dem Gipfel waren bedauerlicherweise die Entwicklungen in dem scharf autoritären Lukaschenko-Regime in Belarus, das mit wachsender Repression europäische Werte missachtet, dem friedlichen Zusammenwachsen Großeuropas entgegenwirkt und bei einem mittelfristig möglichen demokratischen Aufbruch zum Problemfall für die Partnerschaft EU-Russland werden könnte.
- Im Zuge des demokratischen Aufbruchs in der Ukraine hatte Russland die OSZE in ihrer Relevanz deutlich herabgestuft und ihr vorgeworfen, im postsowjetischen Raum zum Instrument für politische Manipulation und zum Faktor von Destabilisierung zu werden. In der Moskauer Wegekarte vom Herbst 2004 wird die Organisation nur einmal kurz erwähnt, und zwar im Zusammenhang mit friedensschaffenden, nicht aber demokratiefördernden Aufgaben. Ganz anders die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels: Hier sichern die Partner einander zu, „die Rolle und die Effektivität relevanter internationaler und regionaler Organisationen, insbesondere die OSZE und den Europarat, zu fördern“. Dies schließt „die volle Implementierung aller internationalen Verpflichtungen ein, darunter auch diejenigen der OSZE“. Solche Absichtserklärungen erhöhen die Chancen für gemeinsame Regelung der eingefrorenen Konflikte. Darüber hinaus könnten sie dazu beitragen, dass Russland allmählich traditionelle Verschwörungstheorien überwindet und zu der Einsicht gelangt, dass es die Attraktivität der

EU und nicht gezielte Konspiration ist, die einzelne Länder des postsowjetischen Raums zu neuer Positionsbestimmung veranlasst.

Perspektiven

Der Haager Gipfel signalisierte einen absoluten Tiefpunkt in den EU-Russland-Beziehungen. Zwar war es in den vergangenen Jahren gelungen, auf einer Reihe von Kooperationsfeldern gemeinsame Lösungen zu finden – von der im Ganzen positiven Regelung des Kaliningrad-Transits über die Zustimmung der EU zum WTO-Beitritt Russlands, die Ratifizierung des Kyotoprotokolls durch Moskau bis hin zur Einbeziehung der neuen EU-Mitglieder in das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA). Dennoch waren wechselseitig Unverständnis und sogar Misstrauen gewachsen und erreichten ihren Höhepunkt während des demokratischen Aufbruchs in der Ukraine. Immer unklarer wurde, was eigentlich den Inhalt der Partnerschaft ausmacht und wie sie zu realisieren sei.

Der Moskauer Gipfel hat diesen Negativtrend gewiß nicht umgekehrt, zumindest aber gestoppt. Zwar handelt es sich bei den jetzt beschlossenen Wegekarten nur um unverbindliche Absichtserklärungen, die die Partner erfüllen können oder auch nicht. Im Westen wurden die Ergebnisse von Moskau daher überwiegend als wenig ergiebig oder sogar als irrelevant gewertet. Das scheint insofern einseitig, als die Wegekarten beiden Seiten jetzt als roter Faden für gemeinsame Projekte dienen können

und Verweigerung den Gesamtinteressen zum Schaden gereichen würde. Insbesondere die Aussagen über die Zukunft der geopolitischen Zwischenzone können gefährliches Konfliktpotential zwischen Russland und der EU entschärfen.

Für eine konstruktiv-kritische Wertung der Gipfelergebnisse spricht auch, dass die Partner ganz offensichtlich großes Interesse an einem Gelingen der in den Wegekarten fixierten Ziele zeigen. So erhielt der Ständige Partnerschaftsrat EU-Russland den Auftrag, in seinen verschiedenen Formaten über Wege und Methoden der konkreten Implementierung zu befinden; genannt wurden schon jetzt die Aspekte Energie, Umwelt und Visaregelung. Ende Juni/Anfang Juli 2005 wird in Brüssel ein außerordentliches Arbeitstreffen unter Leitung des Duo Barroso/Fradkow mit gleicher Zielrichtung stattfinden – bemerkenswerterweise auf ausdrücklichen Wunsch der russischen Seite. Dies deutet darauf, dass Russland Tendenzen zu seiner Selbstisolierung entgegenwirken und die in die Krise geratene Partnerschaft mit der EU aktivieren will.

Damit könnten die in den Moskauer Wegekarten formulierten Projekte als wichtige inhaltliche Vorlagen für ein aktualisiertes oder gänzlich neues PKA bilden, das den 1997 ratifizierten und 2007 auslaufenden Vertrag ersetzt. Die bereits beginnenden Diskussionen hierüber bieten die Chance, Charakter und Inhalt der Partnerschaft realistisch und perspektivisch zugleich zu definieren.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Dr. Heinz Timmermann ist freier Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, wohnhaft in Köln

Lesetipps:

Barysch, Katinka: The EU and Russia. Strategic partners or squabbling neighbours? London: Centre for European Reform 2004.

Piehl, Ernst/Schulze, Peter W./Timmermann, Heinz: Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2005.

Trenin, Dmitri: Russland. Die gestrandete Weltmacht. Neue Strategien und die Wende zum Westen, Hamburg: Murman 2005.

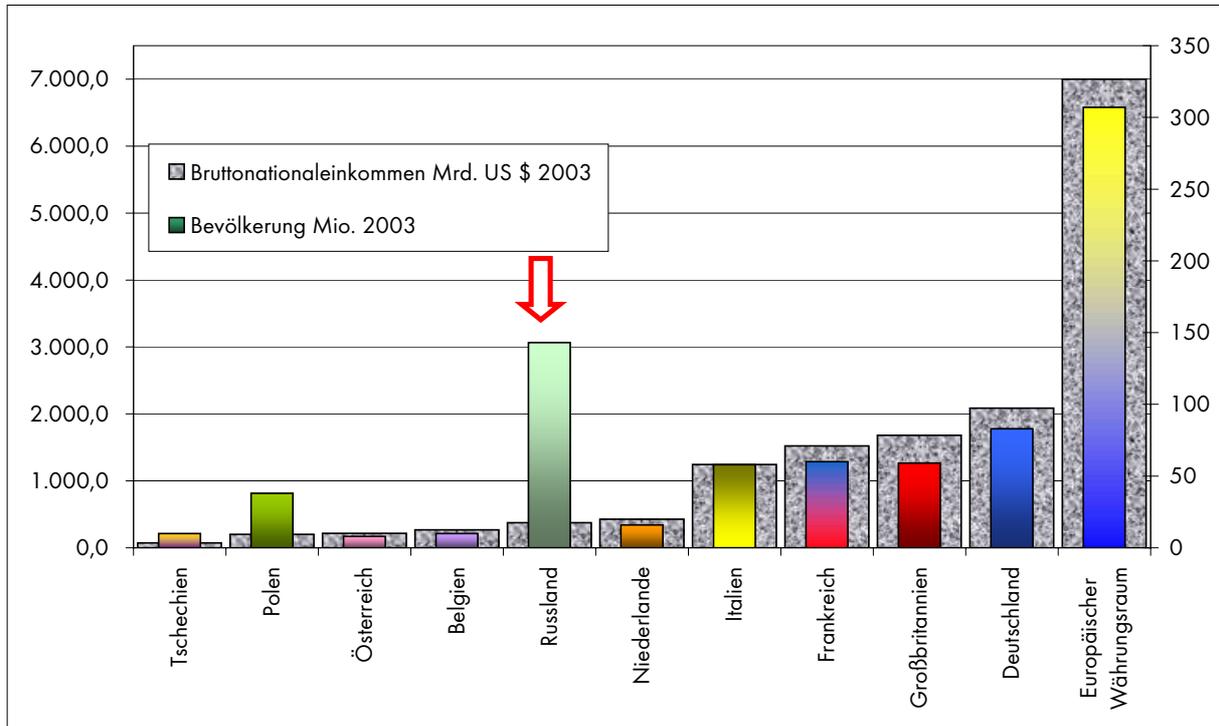
Timmermann, Heinz, Die Beziehungen zwischen Russland und der EU, in: Gerhard Mangott (Hrsg.): Russia Re-launched. Aussenpolitik in Putins Russland, Baden-Baden: Nomos 2005 (erscheint im Juni).

Tabellen und Grafiken zum Text

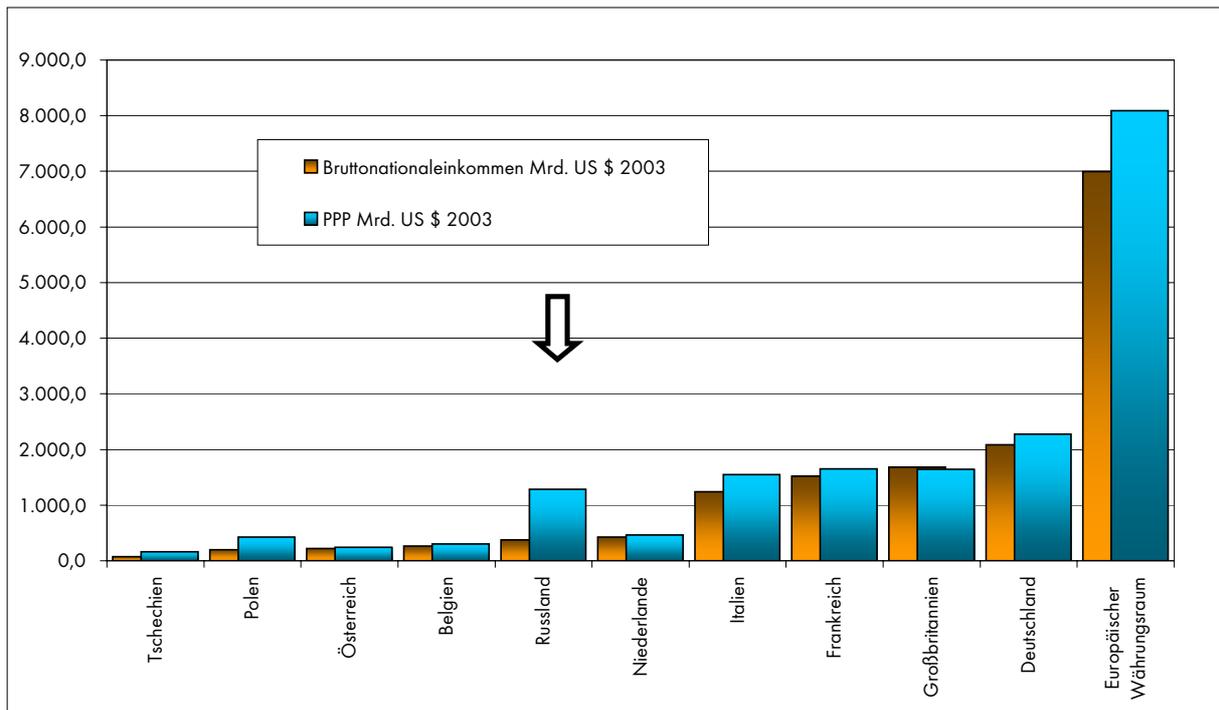
Russland und die Europäische Union in Zahlen

Vergleich der allgemeinen Wirtschaftsindikatoren

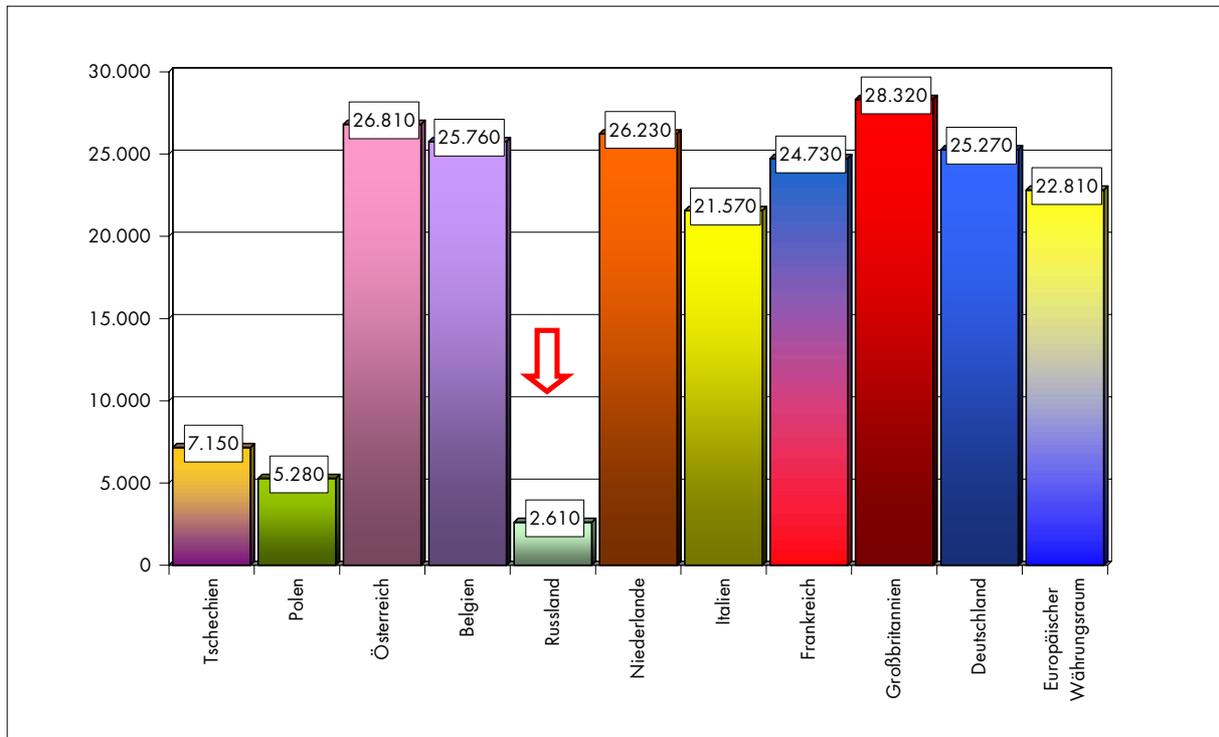
EU und Russland: Wirtschaftsleistung und Bevölkerung 2003



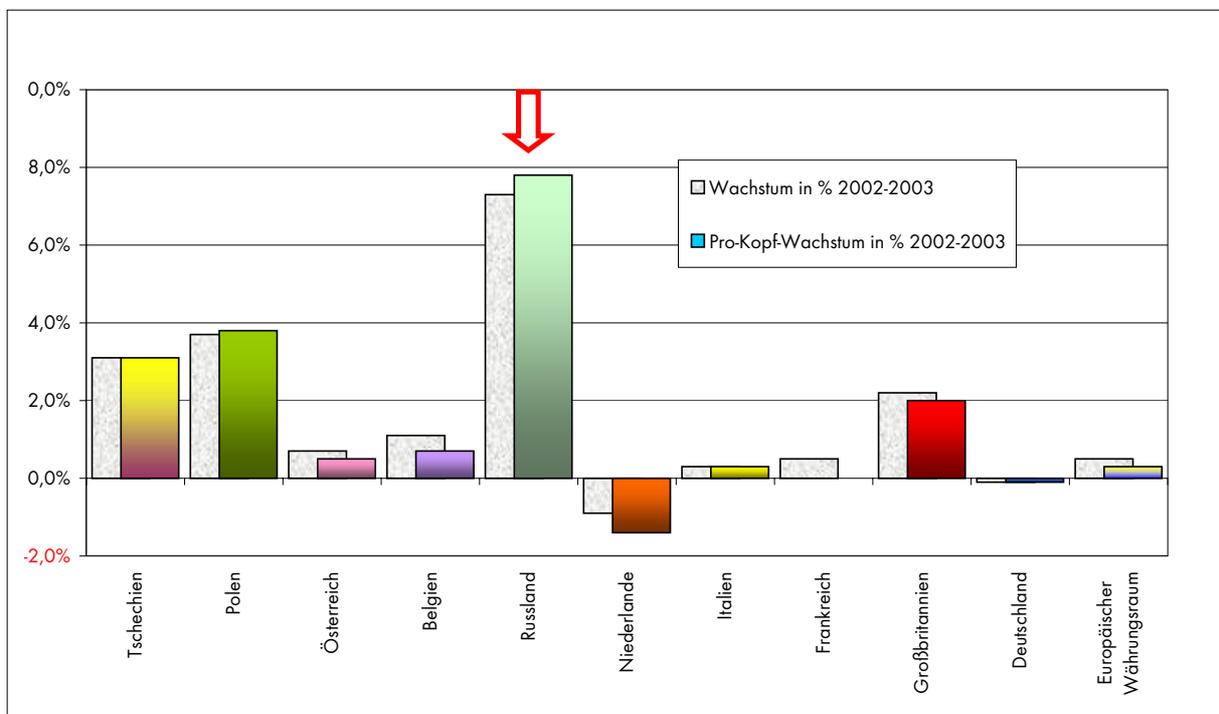
EU und Russland: Bruttonationaleinkommen und PPP 2003



EU und Russland: Wirtschaftsleistung pro Kopf 2003 (Bruttonationaleinkommen, US\$)



EU und Russland: Wachstum des Bruttoinlandsprodukt 2002–2003



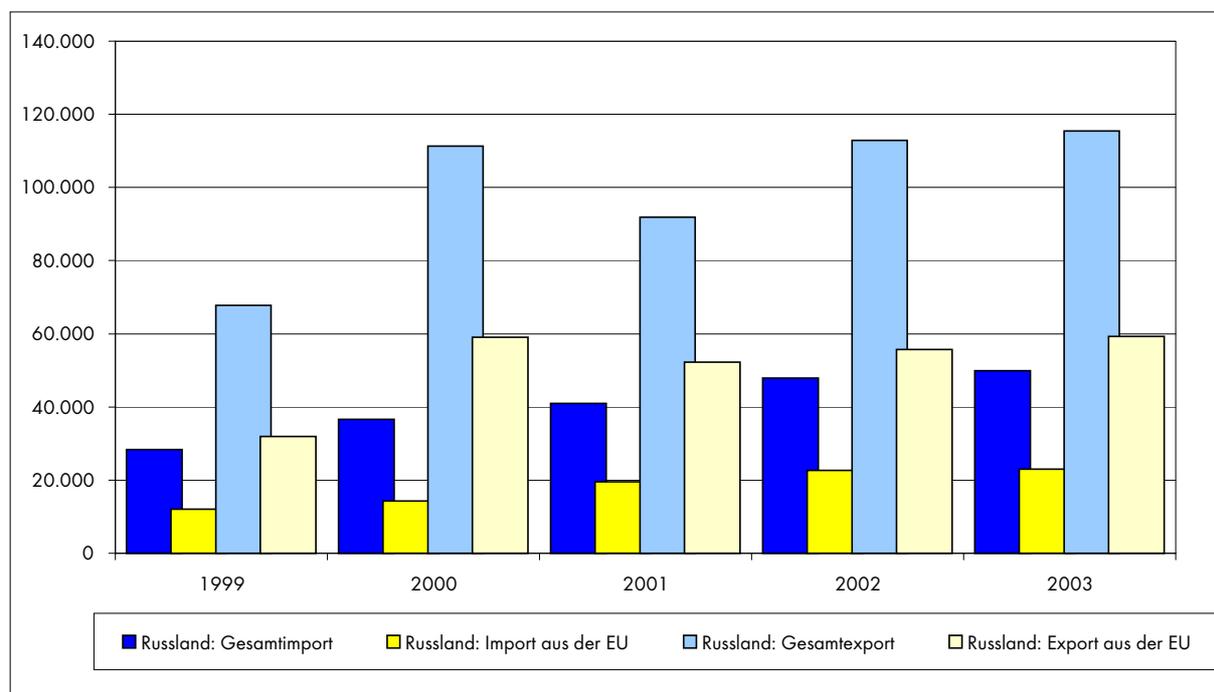
World Bank: "World Development Indicators 2005"

	Bevölkerung		Territorium 1.000 km ²	Bevölkerungsdichte		Bruttonationaleinkommen		Bruttonationaleinkommen (pro Kopf)		PPP			Bruttoinlandsprodukt	
	Mio.	2003		Menschen pro km ²	Mrd. US \$	Rang	US \$	Rang	Mrd. US \$	US \$ pro Kopf	Rang	Wachstum in %	Pro-Kopf- Wachstum in %	
Tschechien	10	79	132	72,9	45	7.150	63	159,0	15.600	2003	2003	2002-2003	2002-2003	3,1%
Polen	38	313	125	201,7	22	5.280	72	428,0	11.210	69	3,7%	3,8%		
Österreich	8	84	98	216,9	20	26.810	16	241,0	29.740	12	0,7%	0,5%		
Belgien	10	31	343	267,3	18	25.760	20	300,0	28.920	14	1,1%	0,7%		
Russland	143	17.075	8	374,8	16	2.610	97	1.284,0	8.950	82	7,3%	7,8%		
Niederlande	16	42	479	425,6	15	26.230	18	463,0	28.560	18	-0,9%	-1,4%		
Italien	58	301	196	1.243,2	7	21.570	28	1.546,0	26.830	25	0,3%	0,3%		
Frankreich	60	552	109	1.521,6	5	24.730	23	1.652,0	27.640	22	0,5%	0,0%		
Großbritannien	59	243	246	1.680,1	4	28.320	12	1.643,0	27.690	21	2,2%	2,0%		
Deutschland	83	357	237	2.085,5	3	25.270	22	2.279,0	27.610	23	-0,1%	-0,1%		
Europäischer Währungs- raum	307	2.507	126	6.999,1		22.810		8.087,0	26.350		0,5%	0,3%		

 Quelle: http://devdata.worldbank.org/wdi2005/Table1_1.htm

Bedeutung der Handelsverbindungen

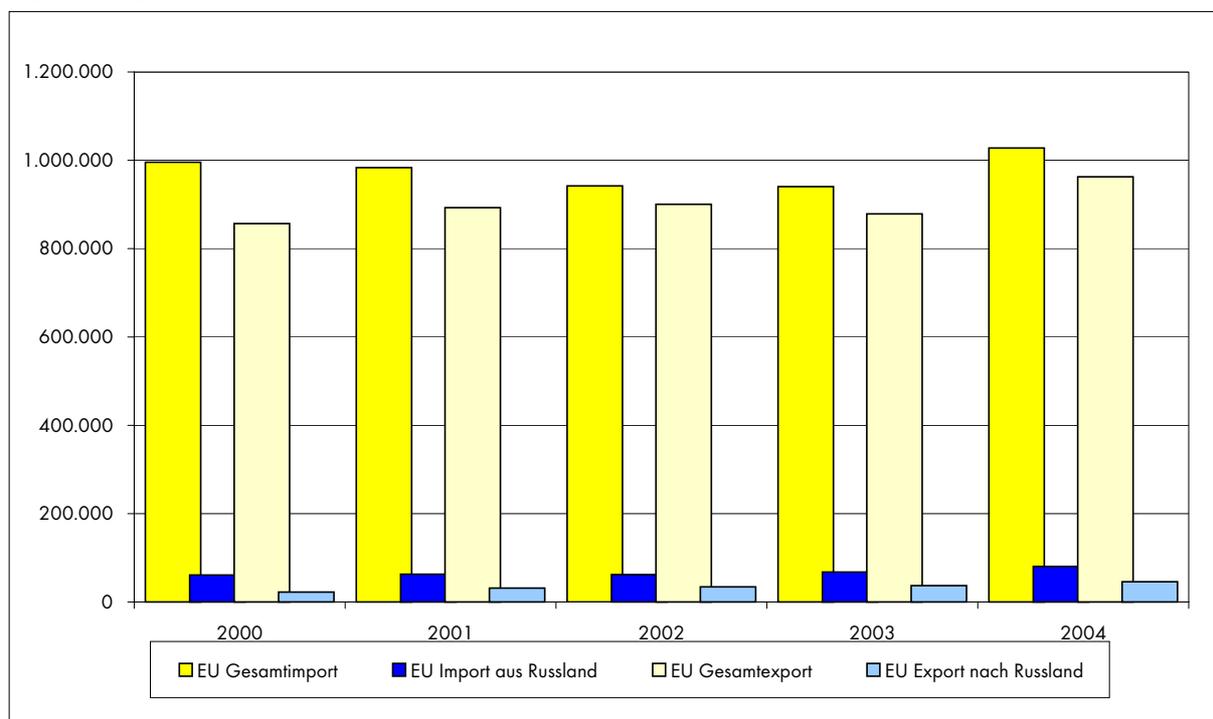
Außenhandel Russland



Jahr	Import	Jährliche Veränderung in %	Anteil der EU am gesamten russischen Import	Export	Jährliche Veränderung in %	Anteil der EU am gesamten russischen Export	Bilanz	Import + Export
Russland, Gesamtaußenhandel								
1999	28.367			67.737			39.370	96.104
2000	36.623	29,1%		111.286	64,3%		74.663	147.909
2001	41.006	12,0%		91.864	-17,5%		50.858	132.869
2002	47.899	16,8%		112.883	22,9%		64.984	160.781
2003	49.875	4,1%		115.493	2,3%		65.618	165.368
2003 (9 Monate)	35.420			84.597	49,0%		177	120.018
2004 (9 Monate)	42.004	18,6%		92.702	9,6%		50.698	134.706
Jährliches Wachstum (Mittel)		15,2%			14,3%			14,5%
Russland, Handel mit der Europäischen Union								
1999	12.103		42,7%	31.947	47,2%		19.844	44.051
2000	14.335	18,4%	39,1%	59.055	84,9%	53,1%	44.720	73.390
2001	19.588	36,6%	47,8%	52.251	-11,5%	56,9%	32.663	71.839
2002	22.719	16,0%	47,4%	55.758	6,7%	49,4%	33.039	78.477
2003	22.986	1,2%	46,1%	59.328	6,4%	51,4%	36.342	82.314
2003 (9 Monate)	16.243	45,9%		43.689	51,6%	27.446,0%	59.933	
2004 (9 Monate)	22.337	37,5%	53,2%	49.222	12,7%	53,1%	26.885	71.560
Jährliches Wachstum (Mittel)		17,4%			16,7%			16,9%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics http://trade-info.cec.eu.int/doclib-docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

Außenhandel EU

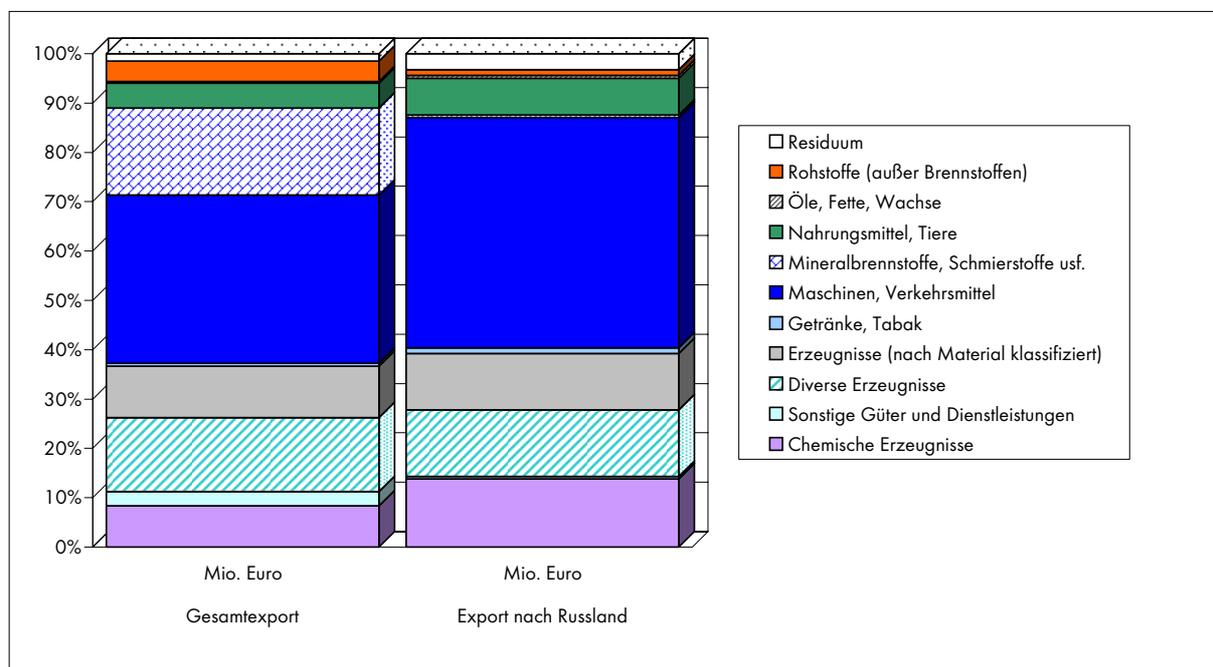


Jahr	Import	Jährliche Veränderung in %	Anteil am gesamten EU-Import	Export	Jährliche Veränderung in %	Anteil am gesamten EU-Export	Bilanz	Import + Export
Europäische Union: Gesamtaußenhandel								
2000	995.649			856.728			-138.921	1.852.377
2001	983.440	-1,2%		892.716	4,2%		-90.724	1.876.155
2002	941.989	-4,2%		900.402	0,9%		-41.587	1.842.392
2003	940.504	-0,2%		878.665	-2,4%		-61.839	1.819.170
2004	1.027.893	9,3%		962.648	9,6%		-65.245	1.990.541
Jährliches Wachstum (Mittel)		0,8%			3,0%			1,8%
Europäische Union: Handel mit Russland								
2000	60.918		6,1%	22.512		2,6%	-38.405	83.430
2001	62.976	3,4%	6,4%	31.370	39,3%	3,5%	-31.606	94.346
2002	61.908	-1,7%	6,6%	34.275	9,3%	3,8%	-27.633	96.184
2003	67.779	9,5%	7,2%	37.086	8,2%	4,2%	-30.692	104.865
2004	80.539	18,8%	7,8%	45.664	23,1%	4,7%	-34.875	126.203
Jährliches Wachstum (Mittel)		7,2%			19,3%			10,9%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics

http://trade-info.cec.eu.int/doclib-docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

Europäische Union: Export 2004, Güterstruktur



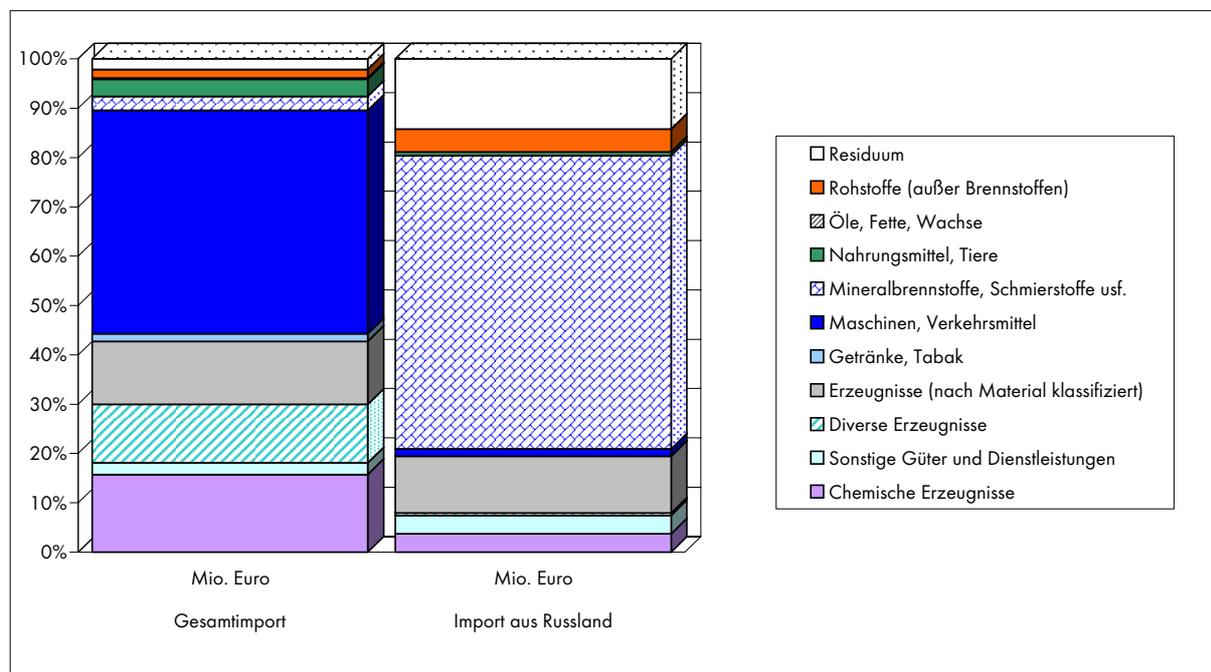
EU und Russland: Güterstruktur des Außenhandels

Güter	Gesamtexport		Export nach Russland	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Insgesamt	1.027.893	100,0%	45.664	100,0%
Chemische Erzeugnisse	86.207	8,4%	6.298	13,8%
Sonstige Güter und Dienstleistungen	29.846	2,9%	244	0,5%
Diverse Erzeugnisse	153.496	14,9%	6.161	13,5%
Erzeugnisse (nach Material klassifiziert)	107.589	10,5%	5.231	11,5%
Getränke, Tabak	5.661	0,6%	504	1,1%
Maschinen, Verkehrsmittel	350.587	34,1%	21.325	46,7%
Mineralbrennstoffe, Schmierstoffe usf.	180.960	17,6%	246	0,5%
Nahrungsmittel, Tiere	52.003	5,1%	3.385	7,4%
Öle, Fette, Wachse	3.635	0,4%	264	0,6%
Rohstoffe (außer Brennstoffen)	42.435	4,1%	519	1,1%
Residuum	15.474	1,5%	1.487	3,3%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics

http://trade-info.cec.eu.int/doclib/docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

Europäische Union: Import 2004, Güterstruktur

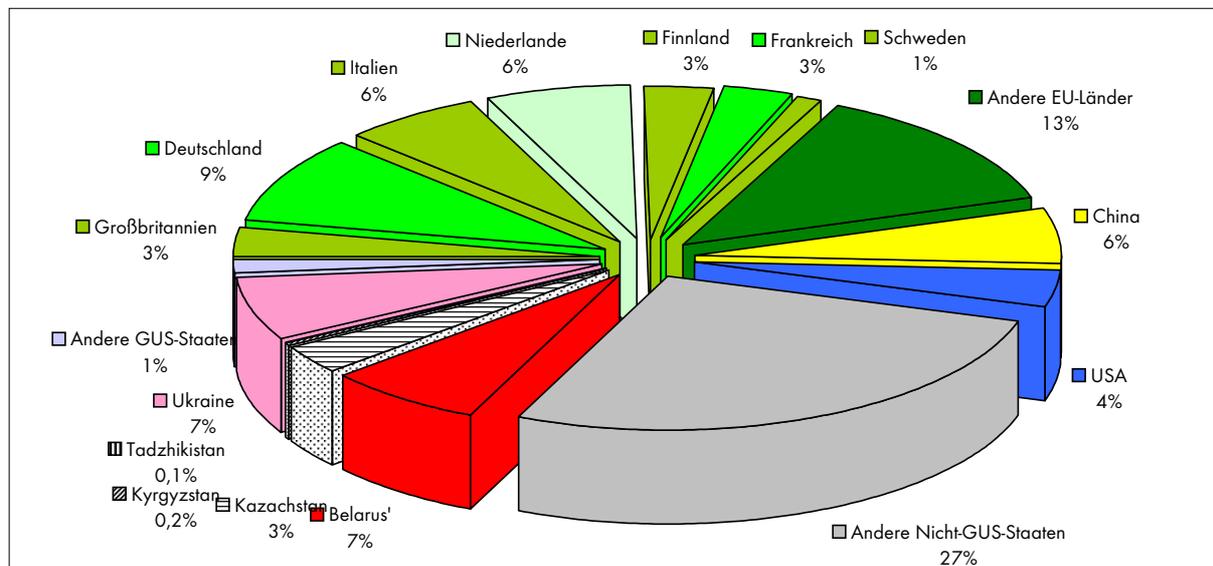


Güter	Gesamtimport		Import aus Russland	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Insgesamt	962.648	100,0%	80.539	100,0%
Chemische Erzeugnisse	151.778	15,8%	2.985	3,7%
Sonstige Güter und Dienstleistungen	22.615	2,3%	2.999	3,7%
Diverse Erzeugnisse	113.854	11,8%	388	0,5%
Erzeugnisse (nach Material klassifiziert)	123.285	12,8%	9.285	11,5%
Getränke, Tabak	14.803	1,5%	36	0,0%
Maschinen, Verkehrsmittel	435.782	45,3%	1.151	1,4%
Mineralbrennstoffe, Schmierstoffe usf.	27.753	2,9%	47.908	59,5%
Nahrungsmittel, Tiere	33.521	3,5%	576	0,7%
Öle, Fette, Wachse	2.367	0,2%	24	0,0%
Rohstoffe (außer Brennstoffen)	16.682	1,7%	3.727	4,6%
Residuum	20.208	2,1%	11.460	14,2%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics

http://trade-info.cec.eu.int/doclib-docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

Russischer Außenhandelsumsatz 2004 (nach Partnerländern)

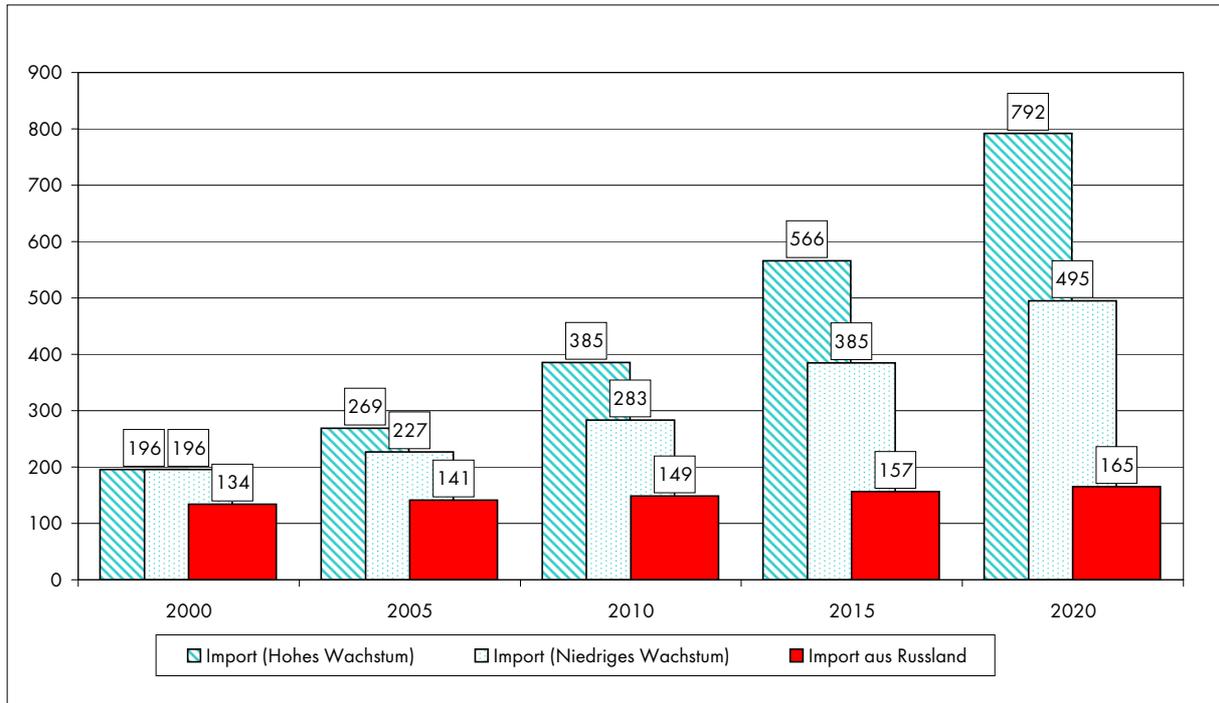


	2004			2003 (zur Information)		
	Mio. US Dollar	in % zu 2003	in % zur Summe	Mio. US Dollar	in % zu 2002	in % zur Summe
Außenhandelsumschlag insgesamt	257.122,0	134,6%	100,0%	191.002,0	124,9%	100,0%
darunter:						
Nicht-GUS-Staaten	210.014,0	133,5%	81,7%	157.365,0	123,9%	82,4%
davon:						
Europäische Union	115.916,0	136,6%	45,1%	69.144,0	123,0%	36,2%
darunter:						
Großbritannien	7.704,0	121,1%	3,0%	6.362,0	129,2%	3,3%
Deutschland	23.874,0	128,8%	9,3%	18.532,0	126,4%	9,7%
Italien	15.274,0	139,9%	5,9%	10.920,0	112,9%	5,7%
Niederlande	16.623,0	167,4%	6,5%	9.932,0	115,6%	5,2%
Finnland	8.157,0	132,1%	3,2%	6.173,0	138,6%	3,2%
Frankreich	7.497,0	128,4%	2,9%	5.837,0	128,1%	3,1%
Schweden	3.177,0	147,6%	1,2%	2.152,0	106,2%	1,1%
Andere EU-Länder	33.610,0		13,1%	9.236,0		4,8%
China	14.851,0	128,4%	5,8%	11.566,0	125,2%	6,1%
USA	9.783,0	136,3%	3,8%	7.178,0	103,0%	3,8%
Andere Nicht-GUS-Staaten	69.464,0		27,0%	69.477,0		36,4%
GUS-Staaten	47.108,0	140,0%	18,3%	33.637,0	130,0%	17,6%
Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft	26.405,0	141,2%	10,3%	18.700,0	128,4%	9,8%
darunter:						
Belarus	17.605,0	141,0%	6,8%	12.482,0	126,1%	6,5%
Kazachstan	8.125,0	141,2%	3,2%	5.754,0	132,3%	3,0%
Kyrgyzstan	416,0	156,9%	0,2%	265,0	148,9%	0,1%
Tadzhikistan	259,0	130,4%	0,1%	199,0	148,5%	0,1%
Einheitlicher Wirtschaftsraum /EWR	42.598,0	140,7%	16,6%	30.271,0	129,6%	15,8%
Ukraine	16.868,0	140,2%	6,6%	12.035,0	132,0%	6,3%
Andere GUS-Staaten	3.835,0		1,5%	2.902,0		1,5%

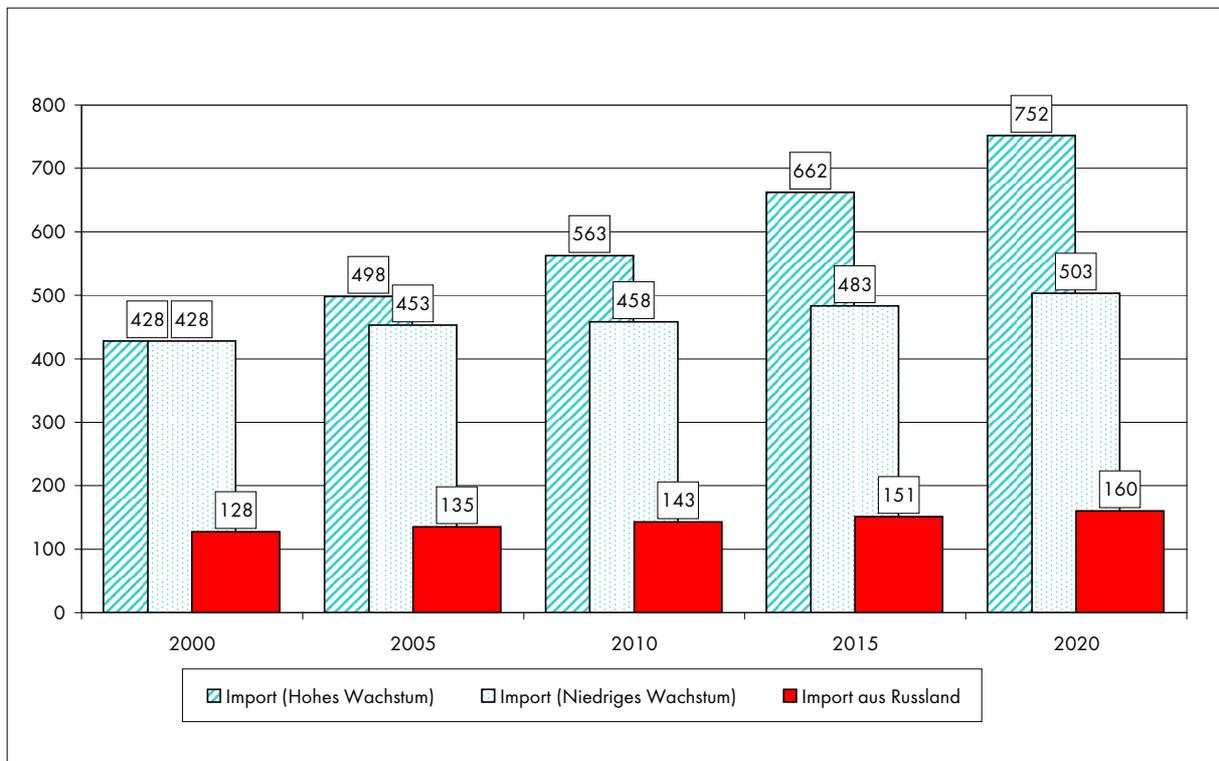
Quelle: Angaben von Rosstat <http://www.gks.ru/scripts/free/1c.exe?XXX03F.1.8.1/050160R>, 2. März 2005

Die Bedeutung Russlands für die Energieversorgung der EU

EU 30: Erdgasbilanz 2000–2020



EU 30: Erdölbilanz 2000–2020



Energiebilanz der EU bis 2020

	2000	2005	2010	2015	2020
EU30 Gasbilanz					
Nettoimport der EU	196	256	325	417	498
Import (Hohes Wachstum)	196	269	385	566	792
Importbedarf (Referenzfall)	196	249	326	458	614
Import (Niedriges Wachstum)	196	227	283	385	495
Import aus Russland	134	141	149	157	165
Russische Importe in % des niedrigsten Wachstums	68,5%	62,3%	52,5%	40,7%	33,4%
EU30 Ölbilanz					
Nettoimport der EU	428	456	496	560	619
Import (Hohes Wachstum)	428	498	563	662	752
Importbedarf (Referenzfall)	428	473	508	568	608
Import (Niedriges Wachstum)	428	453	458	483	503
Import aus Russland	128	135	143	151	160
Russische Importe in % des niedrigsten Wachstums	29,8%	29,8%	31,2%	31,3%	31,8%

Quelle: R. Goetz: *Rußlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas*. SWP-Studie 2004/S 06, März 2004, 35 Seiten
http://swp-berlin.org/common/get_document.php?id=782, 18. Mai 2005 S. 34, 35

Kommentar
Zweierlei Maß?
Anmerkungen zur westlichen Russlandkritik

Christian Wipperfürth, Berlin

Die russische Seite erhebt seit Jahren und mit zunehmender Vehemenz den Vorwurf, dass der Westen zweierlei Maß anlege. Er sei grundsätzlich gegenüber Russland voreingenommen, oder doch zumindest gegenüber dem unter Präsident Putin erstarkten Land. Als Antwort auf diese Klagen wird häufig die Vermutung geäußert, dass der Kreml sehr wohl wisse, dass seine Vorwürfe unberechtigt seien und diese lediglich dem Zweck dienen, von negativen Erscheinungen der russischen Politik abzulenken.

Die russischen Angriffe haben natürlich auch eine taktische Komponente – könnte es in der Politik anders sein? – besitzen jedoch mehr als lediglich ein Körnchen Wahrheit:

- Der Westen bemüht sich lautstark, oder doch nachdrücklich, um Minderheitenrechte etwa von Albanern in Mazedonien oder rumänischsprachigen Menschen in Transnistrien, wenn es jedoch um russischsprachige Gruppen geht, wechselt die OSZE gern auf die Seite der Mehrheitsbevölkerung. Und die EU toleriert, dass Lettland die Europäische Minderheitenkonvention immer noch nicht ratifi-

ziert hat. Sie hält den Trost bereit, dass sich Riga immerhin an EU-Standards halte.

- Im September 2004 kündigte Putin an, die Direktwahl der Gouverneure abschaffen zu wollen. Diese Maßnahme wurde im November dem Parlament vorgelegt, ordnungsgemäß verabschiedet und trat vor kurzem in Kraft. Es war Jelzin, der Vorgänger des jetzigen Präsidenten, der sich über jegliche rechtliche Bedenken hinwegsetzte und Grundsätze politischen Verhaltens verletzte. Er ließ das Parlament mit Waffengewalt schließen und suspendierte die Arbeit des Verfassungsgerichtes, ohne

dass ausländische Regierungen und die demokratische Weltöffentlichkeit protestierten.

- Russland gestattet Deutschland den Transport militärischen Materials, das für Afghanistan bestimmt ist, über sein Territorium. Litauen jedoch, seit Frühjahr 2004 ein NATO-Mitglied, verwehrt es Russland ebensolche Güter zwischen dem Gebiet Kaliningrad und dem russischen Kernland zu befördern, trotz jahrelanger Bemühungen des Kreml.
- Der Westen schlägt Russland eine Internationalisierung der Tschetschenienfrage vor, um die Situation zu entspannen und Ansätze für eine Lösung der verfahrenen Lage zu finden. Das ist nicht falsch – aber hat der Westen vor einigen Jahren von der Türkei eine Internationalisierung der Kurdistanfrage gefordert, oder unternimmt er dies jetzt, da in Südostanatolien wieder Gewalt aufflodert? – Die westliche Forderung nach einem multinationalen Lösungsansatz in der Tschetschenienfrage wäre vielleicht überzeugender, wenn die Leistungen westlicher Politik in Afghanistan, im Kosovo oder dem Irak beeindruckender wären. Oder in Nordirland: Im Februar stürzte Russland Großbritannien bei einem OSZE-Treffen mit dieser Frage in einige Verlegenheit. Welche Erfolge hat der Westen eigentlich vorzuweisen?
- Die russische Ankündigung, Stützpunkte von Terroristen in aller Welt eventuell auch präemptiv zu attackieren, wurde im Herbst 2004 in Deutschland scharf kritisiert. Es gibt tatsächlich gute Gründe, eine solche Politik nicht umzusetzen, aber ist den Kritikern bewusst, dass sich Frankreich, Großbritannien, die USA und selbst Australien die Möglichkeit vorbehalten, Präventivschläge zu führen? Zudem sieht das 1999 von der NATO mit deutscher Billigung verabschiedete „Neue strategische Konzept“ unter Umständen auch Kampfeinsätze vor, die vom Sicherheitsrat nicht mandatiert sind. Die NATO hält sich für diesen Zweck, der nach überwiegender Ansicht in Deutschland mit dem Völkerrecht nicht in Einklang steht, sogar die Option eines Ersteinsatzes von Atomwaffen offen. Russland hat diesen hingegen für die Terrorbekämpfung ausdrücklich ausgeschlossen und die Möglichkeit eines Ersteinsatzes auf das defensive Ziel der Wahrung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit des Landes beschränkt.

Die aufgeführten Fälle, denen zahllose weitere hinzugefügt werden könnten, können – wie jeder Vergleich – hier und da sicher hinterfragt werden, man wird aber kaum bestreiten können, dass der Westen mit zweierlei Maß misst. Welche Schlüsse sollte man ziehen?

Die Anwendung unterschiedlicher Maßstäbe ist allgemein eine menschliche Schwäche. Eine völlig konsistente Politik, ein widerspruchsfreies Leben kann es nicht geben. „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts gerades gezimmert werden“, wie der ebenfalls in Russland verehrte Kant schrieb. Auch die russische Politik legt mitunter – oder häufig? – zweierlei Maß an. Diese Einsicht in menschliche Unvollkommenheit und Voreingenommenheit ist beileibe keine Aufforderung es mit der Wahrhaftigkeit nicht so genau zu nehmen, sondern eine Einladung an die russische und die westliche Adresse, die Inkonsistenz der Politik des Partners zwar anzusprechen, zugleich aber größere Gelassenheit zu zeigen. Beide Seiten demonstrieren eine Neigung allzu aufgeregt auf den Anderen zu reagieren. Dies trübt den Blick.

Vielleicht gab es in den vergangenen Jahrzehnten noch nie eine Zeit, in der das Ansehen des Westens in der russischen Bevölkerung so niedrig war wie heutzutage, auch bei den Demokraten. Selbst die oppositionellen Medien reagierten empört, als in dem Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums vom Juli 2004 weltweit Noten verteilt wurden, aber die Folterungen im Irak unerwähnt blieben. Und Anfang März artikulierte Witali Tretjakow, Gründer der „Nesawisimaja Gazeta“ und eine der Galionsfiguren der Opposition, auf einer Veranstaltung in Berlin seinen Unmut über die seines Erachtens einseitig schwarzmalende westliche Berichterstattung über die Situation der Presse- und Meinungsfreiheit in seinem Land. Der erhobene Zeigefinger mag gutem Willen entspringen, die moralische Empörung echt sein, die westliche Kritik erweckt jedoch auch bei wohlwollenden russischen Beobachtern den Eindruck selbstgerecht zu sein. Sie schadet der Sache der Demokratie.

Geht das nicht: Aufmerksam und kritisch sein ohne Egozentrik? Und zugleich selbstkritisch, ohne die eigenen Werte zu verleugnen? Ohne von sich und anderen Unmögliches zu verlangen? Ohne das „krumme Holz“ mit schwerem Gerät in Stromlinienform zwingen zu wollen?

Chronik

Vom 12. bis zum 19.5.2005

12.5.2005	Nikolaj Patrushev, der Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, erklärt vor der Duma, dass ausländische Geheimdienste durch internationale NGOs daran arbeiten würden, Regierungen in den GUS-Staaten zu stürzen. U.a. nennt er das U.S. Peace Corps, die britische Organisation „Merlin“ und den saudi-arabischen „Roten Halbmond“ (die Entsprechung zum „Roten Kreuz“).
13.5.2005	Russische Medien berichten, dass Putin nicht am Gipfeltreffen der Staaten des Europarates am 16./17. Mai in Warschau teilnehmen wird. An seiner Stelle wird Außenminister Sergej Lawrow auftreten.
13.5.2005	Russland vereinbart mit dem „Pariser Klub“, ein Drittel seiner Schulden, ca. 15 Mrd. US\$, vorzeitig zu tilgen.
14.5.2005	Eine Untersuchungskommission des U.S. Senats veröffentlicht einen Bericht, nach dem sich russische Spitzenpolitiker, darunter Shirinowskij und der damalige Leiter der Präsidentialadministration, Woloschin, vom 2001 im Rahmen des „Öl für Lebensmittel-Programms“ an irakischem Erdöl bereichert haben.
15.5.2005	Vier tschetschenische Guerillas werden in der Nähe von Grosny von Sicherheitskräften getötet. Einer von ihnen soll der Guerillaführer und frühere Vizepräsident Wacha Arsanow sein. Die Identifizierung ist jedoch nicht sicher.
15.5.2005	In einer Wohnung in Tscherkessk, der Hauptstadt der Region Karatschajewo-Tscherkessk, werden sechs Guerillakrieger, darunter zwei Frauen, von Sicherheitskräften getötet. In der Wohnung werden Plastiksprengstoff, Zünder und Mikrochips gefunden.
15.5.2005	In Moskau demonstrieren 50.000 Studenten junge Leute zu Ehren der Veteranen des „Großen Vaterländischen Krieges“. Die Manifestation wird von der putintreuen Jugendorganisation „Die Unseren“ organisiert.
15.5.2005	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Unruhen in Usbekistan, die von usbekischen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen worden sind, von islamischen Extremisten organisiert worden seien.
16.5.2005	Das Moskauer Bezirksgericht beginnt mit der Urteilsverkündung im Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew. Die Verlesung des Urteils dauert mehrere Tage.
16.5.2005	In Warschau findet das dritte Gipfeltreffen des Europarats statt. Russland wird durch Außenminister Sergej Lawrow vertreten. Präsident Putin hält sich zu einer Regionalkonferenz im Föderalbezirk Ural auf.
16.5.2005	Der Moskauer Journalist, Pawel Lusjakow, der u.a. Beiträge für die Website „Kavkaz Center“ geschrieben hat, in der die Tschetschenienpolitik Putins kritisiert wurden, wird wegen Erwerb einer Schusswaffe zu zwei Jahren Strafkolonie verurteilt.
16.5.2005	Vor dem Moskauer Bezirksgericht, in dem das Urteil gegen Chodorkowskij verlesen wird, kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. 28 Personen werden festgenommen, darunter der stellvertretende Vorsitzende von Jablko, Sergej Mitrochin.
17.5.2005	In Wladikawkas (Nordossetien) beginnt die Hauptverhandlung im Strafprozess gegen den offiziell einzigen überlebenden Geiselnnehmer von Beslan, Nurpaschi Kulajew.
17.5.2005	Präsident Putin trifft in Tscheljabinsk mit seinem kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbijew zusammen und erörtert mit ihm die Vereinfachung des Visaregimes zwischen beiden Staaten.
17.5.2005	Föderale Sicherheitskräfte stürmen ein Haus am Stadtrand Grosnys und töten drei Guerillakämpfer, darunter den Guerillaführer Alasch Daudow.
17.5.2005	Dmitrij Medwedjew, der Leiter der Präsidentialadministration und Vorsitzende des Aufsichtsrates von Gazprom, teilt mit, dass der Plan einer Vereinigung von Gazprom und Rosneft aufgegeben worden sei. Stattdessen werde der Staat eine Aktienmehrheit von Gazprom erwerben und Rosneft privatisieren.
18.5.2005	Im Süden Tschetscheniens kommt es im Rahmen einer Säuberungsaktion der föderalen Sicherheitskräfte zu einem anhaltenden Gefecht mit Guerillakämpfern.
19.5.2005	Der Getreideexport, der nach der Wiedereinführung eines Zertifizierungsverfahrens einige Tage zum Erliegen gekommen war, wird wieder aufgenommen. Am 1. Mai war die Anweisung an den Zoll ergangen, die Ausfuhr von nichtzertifiziertem Getreide zu unterbinden. Die neu eingerichtete Zertifizierungsbehörde kam jedoch mit ihrer Aufgabe nicht zurecht. Daher erlitten die russischen Getreideexporteure Verluste in Millionenhöhe.
19.5.2005	Die Schweizer Staatsanwaltschaft teilt mit, dass Russland die Auslieferung von Jewgenij Adamow beantragt hat.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de